
Bürgern droht neue Steuererhöhung

Nach Druck aus Arnsberg: Rat erneuerte Beschluss über mögliche Erhöhung der Grundsteuer B. Stadttöchter sollen mehr zahlen. Geheime Abstimmung

Das Damoklesschwert hängt seit 2014 über der Stadt, nun ist es auf Druck der Bezirksregierung noch ein wenig tiefer gehängt worden: Herne droht ab 2018 eine Erhöhung der sogenannten Grundsteuer B um 80 Punkte. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat am Dienstag in geheimer Abstimmung gefasst und damit den Weg geebnet für eine Genehmigung des Haushaltsplans 2017.

Einen „Vorratsbeschluss“ über die Anhebung dieser Grundsteuer hatte der Rat bereits vor drei Jahren gefasst, damals allerdings noch in Verknüpfung mit Kosten bzw. Kostenerstattungen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Dieses Ratsvotum von 2014 kam bisher allerdings nicht zum Tragen, weil die Haushaltslage dies nicht erforderlich machte. Die Bezirksregierung habe nun gefordert, dass die Verknüpfung mit der Eingliederungshilfe gelöst werde, so Kämmerer Klee, um bei Bedarf Etatlöcher auch jenseits der Eingliederungshilfe schließen zu können.

„Uns schmeckt das auch nicht“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Udo Sobieski. Und CDU-Fraktions-Chef Markus Schlüter betonte, dass die Bezirksregierung der Stadt „die Pistole auf die Brust gesetzt habe“. Die rot-schwarzen Kooperationspartner sahen allerdings keine andere Möglichkeit, als dem Druck aus Arnsberg nachzugeben.

„Wir wollen, dass die Stadt steuerfähig bleibt“, so Sobieski. Wer sich verweigere, müsse damit leben, dass der Stadt im Oktober der Verlust von 17,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt drohten. Und: Bei einem nicht genehmigten Haushalt könnten auch der geplante Fonds für die Schulsanierung über 100 Millionen Euro vorerst nicht aufgelegt werden.

Grüne, Linke, Piraten-Alternative Liste und AfD kritisierten den neuerlichen Vorratsbeschluss. Sie wiesen darauf hin, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B zu inakzeptablen Mehrbelastungen für Bürger führen würden. Andreas Prennig (Piraten-AL) setzte eine geheime Abstimmung durch, um den Beschluss noch zu verhindern, doch sein Kalkül ging nicht auf: 41 Ja-Stimmen standen 16 Nein-Stimmen gegenüber.

Haushaltsgenehmigung bis Ostern

Weniger umstritten war die Erneuerung bzw. Konkretisierung eines weiteren bereits in der Vergangenheit gefassten Beschlusses. Dieser sieht vor, dass die Stadttöchter 2018 zusätzlich 9,1 Millionen Euro an die Stadt abtreten sollen. Gegen diese Maßnahme sprachen sich - in offener Abstimmung - nur die Linke und Piraten-AL aus.

Kämmerer Klee kündigte unter Berufung auf Signale der Bezirksregierung an, dass mit einer Genehmigung des städtischen Haushaltssanierungsplans 2017 bis zu den Osterferien zu rechnen sei. [loc]